

schen Jugendsekten und sabbatani-scher Bewegung lauert, liegt vielleicht weniger am Stück selbst als an den Schlüssen, die der Zuschauer aus ihm zieht. Judentum und Christentum ist das Warten immer wieder einmal zu lang geworden. Daß das Warten mißlingt und in Schwärmerei umkippt, desavouiert noch nicht die Messiassehnsucht. Das Ungewohnte an dem Stück bestand darin, daß Inhalte dieser Art, religiöse Traditionen, Gebete, Zwiesprache mit Gott u. a. m. in stellenweise amüsanter Form à la Anatevka gespielt werden.

Diffuse Bekenntnisse

Auskunft über den genaueren Charakter des neuen Interesses an Religion gab ein Gespräch mit den Schweizer Autoren *Guido Bachmann*, *Ernst Eggimann*, *Kurt Marti*, *Erica Pedretti* und *Heinrich Wiesner*, die eigens aus diesem Anlaß „Konfessionen“ verfaßt hatten und diese vortrugen. In diesen Texten ging es sowohl um die Auseinandersetzung mit dem Glauben der Kirchen, es ging um die Kirchen selbst und die Christen (Eggimann: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“), aber auch um die Darstellung des persönlichen Zugangs zu Religion und Glaube. Nicht zuletzt ging es um Gott, was immer der einzelne darunter verstand (Eggimann: „Gott gehört auf eine wunderbare und unbegreifliche Weise zu uns Menschen, wie auch wir

unauflösbar zu ihm gehören“). Der Unterschied zwischen dem etwas nebulösen Religionsbegriff, wie man ihn heute vielfach antrifft, und einem Begriff von Glauben, wie er, ohne deswegen schon konformistisch nur in vorgegebenen Sprachmustern zu verharren, in den Kirchen gepflegt wird, wurde anschaulich an dem Gegenüber von *Heinrich Wiesner* und *Kurt Marti*. Während *Marti* besonderen Wert auf die Tatsache legte, daß der Glauben in Gemeinschaft erfahren und gelebt werde, stelle *Wiesner* eine Religiosität vor, die privat sei und dies auch bleiben müsse, eine Religion der Religionslosen. *Wiesners* Christus ist der Christus, der als Inkarnation Gottes, als Wille zum Frieden in den Menschen vorhanden ist bzw. sein wollte. Auf die selbstgestellte Frage, ob sie sich unter Gott etwas vorstellen könne, und wenn ja, was, antwortete *Erica Pedretti*, das könne sie nicht öffentlich sagen. Ihr Glaube sage ihr, daß dieses Dasein noch ungenutzte, vielleicht kaum geahnte Möglichkeiten bereithalte. Eine Ahnung von diesen Möglichkeiten finde sie in Jesus. Die Diskussion über die Bekenntnisse der Autoren zeigte, daß man nicht zufällig von ihnen solche Bekenntnisse erwartete. Die Antworten der Kirchen kennt man bzw. meint man zu kennen. Der kirchliche Glaubensvollzug dürfte vielen gerade deshalb so fremd geworden sein, da man nach einer neuen religiösen bzw. Glaubenssprache

sucht, sich aber dabei von der Kirche im wesentlichen mit altbekannten Formeln abgespeist fühlt. Theologie und Kirche haben gegen die Glaubensbekenntnisse der neuen Religiosität zwar zu Recht erhebliche Einwände (*Kurt Marti* brachte in dem Zusammenhang das Wort vom „Egotrip“ ein), angesichts der Mühe jedoch, die die Glaubensgemeinschaften haben, ihre Botschaft weiterzugeben, würde es arrogant anmühen, wollte man an die subjektivistische religiöse Sprache lediglich die dogmatische Elle anlegen. Die unbehaute Religiosität war immer auch ein Bestandteil der Glaubenssprache religiöser Gemeinschaften und Kirchen, die Berührungspunkte sind vielfältiger, als man manchmal wahrhaben will. Verschiedene Akkulturationsvorgänge haben sich immer wieder die Mühe gemacht, diese diffuse Religiosität zu kultivieren.

Der Wert der Basler Thematischen Woche dürfte vor allem in ihrem Charakter als Indiz für Entwicklungen bestehen, deren Fortgang heute noch kaum abzusehen ist. Gerade auch die christlichen Glaubensgemeinschaften werden sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen haben. Bei der Wahrnehmung neuerer Entwicklungen wünschte man sich im kirchlichen Umfeld ebensoviel Mut, über den eigenen Schatten zu springen, wie ihn die Basler Theater bewiesen haben.

K. N.

Umbrüche an der Donau

Österreichs Probleme im Jubiläumsjahr

Mit dem üblichen kakanischen Verzögerungsfaktor zeigt nun der *grüne Bazillus* auch an der Donau seine Wirkung. Anders als am Rhein ist er jedoch kaum ideologisch oder gar dogmatisch gefärbt, er gibt sich vorwiegend pragmatisch, wie es dem Naturell vieler Österreicher entspricht, er kleidet sich da und dort sogar in österreichisch-patriotisches Gewand und wuchert in einer so skurrilen Szenerie, daß sich Ausländer schwertun dürften, die jüngsten Entwicklungen ohne nähere Erklärung auch nur annähernd zu verstehen.

Angelpunkt für ein Verständnis der gegenwärtigen Lage ist die Tatsache, daß die länger als 12 Jahre dauernde Herrschaft *Bruno Kreiskys* in Österreich zu außergewöhn-

lichen und absonderlichen Verhältnissen geführt hat. So ist es den österreichischen Christdemokraten unter dem Firmenschild der Österreichischen Volkspartei bis zum heutigen Tag nicht recht gelungen, Tritt zu fassen und zu einer starken, schlagkräftigen Opposition zu werden. Auch die Bildung der schwarz-blauen Koalition am Rhein hat der ÖVP auf Bundesebene kaum einen nennenswerten Auftrieb geben können.

Koalitionskrisen

Statt dessen kam auf Betreiben *Kreiskys* eine sozialliberale Koalition in Österreich zustande, die von Anfang an

arge Schwächen zeigte. Die hohe Staatsverschuldung und die chronische Überforderung des Staatshaushaltes zwang die rot-blaue Regierung gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit zu *neuen Belastungen der Staatsbürger*, so daß die Inflationsraten, die Österreich in den Zeiten der ärgsten Rezession beispielhaft in Zaum hielt, nun plötzlich, in der Ära der Wirtschaftsbelebung, bedenklich in die Höhe kletterten. Neben diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten machte der österreichischen Sozialdemokratie seit dem Abgang Kreiskys ihre innere Zerstrittenheit zu schaffen. Der Kampf der Androsch-Gegner gegen die Androsch-Befürworter ist mit der Abberufung des Finanzministers Salcher, der seinen Vorgänger Androsch persönlich wegen Steuerhinterziehung anzeigte, keineswegs beendet. Die Bruchlinien dieses Konflikts deuten vielmehr auf ernste Gegensätze zwischen den Linken und den Rechten in der Partei hin.

Diese ohnehin komplizierte Lage wurde durch zunehmende Spannungen zwischen den Koalitionspartnern in diesem Winter in dramatischer Weise verschärft. Den Auftakt dieser Koalitionskrise bildete im Dezember ein zunächst scheinbar nebensächlicher Vorgang: Salzburger Geschäftsleute ersuchten mit dem Hinweis auf die nahe bayrische Konkurrenz, ihre Läden am Feiertag der „Unbefleckten Empfängnis“, am 8. Dezember, offenhalten zu dürfen. Der zuständige Sozialminister *Dallinger* sprach sich dagegen aus, der Salzburger Landeshauptmann *Haslauer* dafür. Die Kirche riet recht zahm von einer solchen Durchlöcherung des Feiertags-Ruhegesetzes ab und befand sich damit plötzlich in einer Front mit der Gewerkschaft, die scharf und ungestüm alle Register gegen die Lockerung der starren Ladenschlußzeiten in Österreich zog. Minister *Dallinger*, der kurioserweise gleichzeitig der Chef der mächtigen Angestelltengewerkschaft ist, drohte mit einer großen Demonstration des überparteilichen Gewerkschaftsbundes in Salzburg, Pläne wurden bekannt, wonach diese Protestaktion mit einer Messe eingeleitet werden sollte. Haslauer aber blieb hart: Er verordnete die Öffnung der Läden.

Die Salzburger Bevölkerung sah in diesem Konflikt vor allem eine Herausforderung durch den „Wiener Zentralismus“ und stellte sich eindeutig hinter ihren Landeshauptmann, der auch von den anderen Parteien in Salzburg unterstützt wurde, so daß die Gewerkschaft ihre angedrohte Demonstration kurzerhand absagen mußte. Übrig blieb eine *Verfassungsklage* der Bundesregierung gegen Landeshauptmann Haslauer, die jedoch vom zuständigen Höchstgericht binnen weniger Tage wegen formaler Mängel zurückgewiesen wurde, so daß diese Klage in neuer Textierung abermals eingebracht werden mußte. Sieger in diesem Konflikt blieb eindeutig der Landeshauptmann von Salzburg, während es in der Koalition zu temperamentvollen Auseinandersetzungen über die Ursachen dieser Schlappe kam, und der freiheitliche Vizekanzler *Norbert Steger* mußte sich gegen vehemente Attacken aus dem eigenen Lager wehren, die ihm vorwarfen, er sei angesichts einer „kollektivistischen Maßnahme“ der So-

zialisten umgefallen. Auch innerhalb der katholischen Kirche gab es gedämpfte Kritik und Unbehagen: War doch die Gelegenheit versäumt worden, der ganzen Öffentlichkeit überzeugend zu erklären, was ein christlicher Feiertag heute bedeuten kann und soll.

Das Hainburger Szenario

Wenige Tage später kam es zu einer weit dramatischeren Belastungsprobe der SPÖ/FPÖ-Koalition. Diesmal ging es um den *Bau des Donaukraftwerkes Hainburg* nahe der tschechoslowakischen Grenze, gegen dessen Errichtung die Naturschützer schon seit Monaten protestiert hatten. Unter der Ägide des Nobelpreisträgers *Konrad Lorenz* wurde ein *Volksbegehren* gegen diesen Bau eingeleitet, doch die Regierung zeigte sich diesmal unnachgiebig. Offenkundig wollte sie sich nicht nachsagen lassen, sie sei unmittelbar nach dem Debakel in Salzburg schon wieder „weich“ geworden, und erteilte wenige Tage vor Weihnachten die *Genehmigung* für den Kraftwerksbau. Daraufhin besetzten etwa 1500 Demonstranten, vorwiegend Jugendliche, das Augebiet von Hainburg, in dem die Rodungen des Auwaldes unmittelbar nach der Baugenehmigung beginnen sollten. Nun trat wieder die Gewerkschaft auf den Plan: Sie drohte mit einem Marsch tausender Gewerkschafter in das Augebiet, um den Baubeginn des Kraftwerkes und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig forderte die Gewerkschaftsführung, die ihre Salzburger Schlappe noch nicht verwunden hatte, die Bundesregierung ultimativ auf, diesmal entschlossen zu handeln.

Unter diesem Druck befahl Innenminister *Karl Blecha*, ein Juso des Jahres 1968, den Einsatz von mehr als 800 Polizei- und Gendarmeriebeamten, die aber der Demonstranten in dem unübersichtlichen Augebiet nicht Herr werden konnten. Als das Fernsehen und die Zeitungen Bilder von Szenen brachten, wie Polizisten mit Gummiknüppeln auf junge Demonstranten eindroschen, die zum Teil mit rot-weiß-roten Fahnen gekommen waren und die österreichische Bundeshymne sangen, kam es ruckartig zu einer *radikalen Stimmungsänderung* in ganz Österreich: Hunderte Protestanrufe eigener Parteigenossen blockierten die Telefone der SPÖ-Parteizentrale in Wien, international bekannte Schriftsteller und Künstler wie *Elias Canetti*, *Fritz Hochwälder*, *Haenisch* und *Hundertwasser* solidarisierten sich mit den Au-Besetzern, in einer spontanen Demonstration zogen 30 000 Protestierer durch die Innenstadt von Wien. „Herr Sinowatz“, so verkündete *André Heller*, „ist für mich das traurige Symbol der Phantasielosigkeit und der absoluten Nichtfaszination.“

Das Image, das Bruno Kreisky in jahrelanger Arbeit bei vielen Künstlern und Intellektuellen für die SPÖ gewonnen hatte, war mit einem Schlag von seinem Nachfolger zerstört worden. Noch vernichtender traf dieses Ereignis den kleinen, freiheitlichen Koalitionspartner, der unter Parteiobmann *Norbert Steger* um ein betont liberales Bild bemüht war. Als Mitverantwortliche einer Aktion von Prügelpolizisten sank die Wählergunst für die Freiheitli-

chen so abrupt ab, daß Meinungsforschungsergebnisse das Verschwinden der FPÖ aus dem Parlament und aus den meisten Landtagen signalisierten, wenn sich dieser Trend nicht ändern sollte.

Man müßte meinen, daß damit die große Stunde der Opposition, der ÖVP, gekommen war. Dies war jedoch nicht der Fall. In makabrer Verkennung der Situation hatte die Bundesparteileitung der ÖVP erst wenige Tage vor diesen Zwischenfällen ihre Spitzenfunktionäre auf den Bau des Kraftwerkes Hainburg vergattert, und der einzige namhafte Opponent gegen diesen Kurs, der Wiener VP-Landesparteiobermann und Vizebürgermeister *Erhard Busek*, fand sich isoliert in einem Kreis ratloser Funktionäre, die diese Stunde überhaupt nicht zu nützen verstanden.

Denkpausenerfolg des Kardinals

In diesem Durcheinander meldete sich der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, zu Wort: Er rief im Fernsehen alle Streitparteien zu einem *Weihnachtsfrieden* auf, er mahnte, jede Gewalttätigkeit zurückzustellen und der Bürgerkriegssituation der dreißiger Jahre zu gedenken, er riet allen Beteiligten zu einer Denkpause. Den Au-Besetzern, die auch während der Weihnachtsfeiertage im Auwald blieben, wurden katholische und evangelische Geistliche zur Verfügung gestellt, die in eindringlichen Predigten zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes mahnten. 24 Stunden nach der Erklärung des Kardinals proklamierte Bundeskanzler *Fred Sinowatz* den Weihnachtsfrieden: Die Polizei wurde zurückgezogen, der Baubeginn des Kraftwerkes zunächst um zwei Wochen, dann um ein Jahr hinausgeschoben, ein neues Konzept der Bundesregierung für den Ausbau der Donau-Wasserkraft versprochen.

Mit dem Hochgefühl ihres Sieges über die zwischen Zaudern und falscher Stärke schwankenden Regierung zogen die Au-Besetzer ab. Diese zumeist aus gutsituierten, bürgerlichen Familien kommenden Studenten und Jungakademiker, unter denen sich bemerkenswert viele Lehrer befinden, sind jetzt die Kerntruppe der Grünen und Alternativen, die bisher nur in einzelnen Gemeindevertretungen sowie in den Landtagen von Salzburg und Vorarlberg vertreten sind. Obwohl viel pragmatischer als ihre Kollegen in der Bundesrepublik, finden die *Grünen* und *Alternativen* nicht überall in Österreich zusammen. Dabei dürfte sich der Mangel an starken, allgemein anerkannten Persönlichkeiten noch stärker auswirken als die meist nur diffuse Programmatik, die oft nur aus einigen Schlagworten besteht. Den Grünen und Alternativen kommt aber das Unbehagen über die offensichtlichen Schwächen der etablierten Parteien entgegen, der Zorn über die schlechende Korruption sowie die meist stille Wut über die in Österreich besonders arg grassierende Parteibuchwirtschaft.

Günther Nennung, der Vorsitzende der österreichischen Journalistengewerkschaft, der seit den sechziger Jahren

an fast allen Protestwellen verschiedenster Provenienz teilgenommen hat, ist einer der führenden Figuren im Vordergrund der grünen Szenerie. Ihm fehlt allerdings jene Glaubwürdigkeit, die ihm über das studentische Protestpotential hinaus eine gewisse Breitenwirkung sichern könnte, und das Wort „Wurstel“, mit dem ihn Bruno Kreisky schon vor Jahren abqualifizierte, hängt ihm bis heute nach. Aus diesem Grund wird zur Zeit ein anderes Aushängeschild der grünen Bewegung gesucht, und *Freda Meissner-Blau*, Frau eines ehemaligen Chefredakteurs der Arbeiterzeitung und geschickte Fernseh-Moderatorin, hat gute Chancen, in den Umbrüchen eine Rolle zu spielen, die sich durch die Vorgänge um Hainburg so aufwühlend ankündigen.

Die Affäre Frischenschlager

Mitten in diese Aufregungen platzte Ende Jänner die Nachricht, daß die italienische Regierung den wegen Geislerschießungen in der italienischen Ortschaft Marzabotto verurteilten SS-Sturmbannführer *Walter Reder* vorzeitig aus der Haft entlassen hat. Der freiheitliche Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager hatte nichts Eiligeres zu tun, als den wegen Kriegsverbrechen Verurteilten persönlich auf dem Flughafen von Graz zu begrüßen, was im In- und Ausland zu einer wahren Lawine von Protesten führte.

Innerhalb der Sozialistischen Partei kam es zu verbreiteten Aktionen des Unmutes an der Basis der Parteimitglieder, mehrere SP-Abgeordnete kündigten ihren Rücktritt an, und eine ganze Reihe sozialistischer Minister erklärten, sie würden die Regierungsbank nicht mit Frischenschlager teilen. Als Bundeskanzler Sinowatz den ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt in Wien tagenden *Jüdischen Weltkongreß* begrüßte, sah er sich einer so geschlossenen Front der Abneigung gegenüber, daß er sich für das Verhalten seines Ministers ausdrücklich entschuldigen mußte, sonst hätte der Kongreß den Tagungsort Wien verlassen.

Damit mußte die Regierung Sinowatz die *dritte öffentliche Demütigung* innerhalb weniger Wochen hinnehmen. Die ärgste Belastungsprobe stand dem Kabinett aber erst bevor, als sich die *FPÖ* weigerte, einem Rücktritt des Ministers Frischenschlager zuzustimmen. Offensichtlich hatten die Freiheitlichen erkannt, daß sie mit dem demonstrativen Empfang Reders wenigstens ihre *deutschnationalen Stammwähler* wieder gewonnen hatten, und diesen parteitaktischen Erfolg wollten sie sich in all dem Unge- mach nicht nehmen lassen.

In der Erkenntnis, daß sich die schwer angeschlagene Sozialistische Partei zu diesem Zeitpunkt keine Neuwahlen leisten konnte, mußte sich Kanzler Sinowatz zähneknirschend der freiheitlichen Erpressung beugen. Minister Frischenschlager gab eine gewundene öffentliche Entschuldigung ab und blieb im Amt. Als die ÖVP im Parlament einen Mißtrauensantrag gegen Frischenschlager einbrachte, gelang es der SPÖ-Führung nur mit allen Mit-

teln innerparteilichen Drucks, ihre Abgeordneten von einem Votum zugunsten des VP-Antrages abzuhalten. Diesmal wenigstens nutzte die Volkspartei ihre Chance.

Auf der Strecke bleibt nach allen diesen Vorgängen die *Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie*, vor allem bei den jungen Bürgern des Landes. Die kleine Koalition ist faktisch tot, wenn sie auch noch eine Weile weiterwursteln wird. Minister Frischenschlager dürfte nicht mehr lange im Kabinett verbleiben, er ist zu angeschlagen, als daß er noch irgend etwas durchsetzen könnte. Kopf und Kragen haben ihm vor allem die jubelnden Solidaritätsadressen seiner alt-nationalen Parteikameraden in den Alpenländern gekostet, die offenbar noch immer in beängstigender Weise von der NS-Vergangenheit geprägt sind.

Neuerliche Volksabstimmung

Aber schon zeichnet sich die nächste skurrile Station der österreichischen Polit-Tragikomödie ab: Bundeskanzler Sinowatz, noch gezeichnet von den jüngsten Niederlagen, kündigte eine neuerliche Volksabstimmung über das Atomkraftwerk *Zwentendorf* an. Dieses Kraftwerk ist mit einem ungeheuren finanziellen Aufwand errichtet worden, steht aber als wohl teuerste Ruine Europas still.

Noch in der Regierungszeit Kreiskys stimmte nämlich eine deutliche Mehrheit von Österreichern gegen die Verwendung von Kernkraft, da der damalige Kanzler erklärt hatte, er werde zurücktreten, falls die Atomkraft abgelehnt werden sollte. Die Folgen dieser Polit-Posse will die Industrie des Landes zusammen mit der Gewerkschaft schon seit längerem rückgängig machen, doch ergab sich nie eine gute Gelegenheit dafür. Nun, in dieser Phase besonderer Schwäche der Regierung, gab Bundeskanzler Sinowatz das Signal für diese Auseinandersetzung, die den Grünen und Alternativen zwangsläufig neue Reserven zuführen wird.

Das ist der traurige und besorgniserregende Auftakt für das Jubeljahr der Republik, die vor genau drei Jahrzehnten mit dem Staatsvertrag ihre Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit wiedererrungen hat, die inzwischen eindrucksvolle Erfolge und ein neues Selbstbewußtsein für sich buchen kann, die aber andererseits gerade jetzt erschreckende Unsicherheit über den nunmehr einzuschlagenden Weg zeigt. Die *Katholiken* in Österreich befinden sich in dieser für das Land nicht ungefährlichen Situation in ihrer Mehrheit auf den Zuschauerbänken, und niemand weiß so recht, in welcher Weise man die gewiß vorhandenen moralischen und politischen Ressourcen des katholischen Volkes zum Nutzen des ganzen Landes mobilisieren und einsetzen könnte.

Fritz Csoklich

Läßt sich Schuld bewältigen?

Ein Gespräch mit Klaus Scholder zum bevorstehenden 8. Mai

Der vierzigste Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 wirft schon seit einiger Zeit seine Schatten voraus. Die öffentliche Diskussion über Bedeutung und Wertung dieses Datums zeigt, wie sehr den Deutschen die Auseinandersetzung mit Krieg und NS-Zeit noch immer zu schaffen macht. Über die Schwierigkeiten der Deutschen im Umgang mit ihrer jüngeren Geschichte sprachen wir mit Professor Klaus Scholder, der an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen Kirchenordnung und kirchliche Zeitgeschichte lehrt. 1977 erschien der erste Band seines großen Werks über die Kirchen im Dritten Reich. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Scholder, unlängst war in einem Zeitungskommentar zu lesen, es gebe eine „große Koalition der deutschen Verlegenheit“ angesichts der 40. Wiederkehr des Kriegsendes am 8. Mai dieses Jahres. Woher kommt es eigentlich, daß man sich in der Bundesrepublik mit dem 8. Mai so schwertut?

Scholder: Das hat vor allem damit zu tun, daß es kein vergleichbares Datum in der deutschen Geschichte gibt. Gerade in seiner Komplexität ist dieses Datum singulär. Wir haben einerseits dankbar zu sein für diesen 8. Mai, weil er das Ende eines ungeheuer grausamen Krieges gebracht hat und das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherr-

schaft. Ich glaube, daß es im Volk kaum jemand gegeben hat, der nicht am 8. Mai aufgeatmet und gesagt hat, Gott sei Dank, daß diese grauenhafte Zeit endlich vorbei ist. Aber natürlich bedeutet der 8. Mai 1945 zugleich die Niederlage nach einer ungeheuren Kraftanstrengung, die Zerstörung des Reiches, die offenkundige Sinnlosigkeit unzähliger Opfer, die Teilung Deutschlands, den Verlust der deutschen Ostgebiete. Dies alles kann einen Deutschen, der auch nur ein klein wenig geschichtsbewußt ist, ganz gewiß nicht gleichgültig lassen.

HK: Wird nicht gerade jetzt zum 40. Jahrestag des Kriegsendes so viel geschrieben, hin- und herüberlegt und auch gestritten, weil wir an einem kritischen Punkt angelangt sind? Krieg und NS-Diktatur sind immer noch vielen in lebendiger Erinnerung. Gleichzeitig ist aber der Abstand schon so groß, daß man sich fragen kann und auch wirklich fragt, wozu das beständige Wühlen in dieser schuldbeladenen Vergangenheit heute noch gut sein soll ...

Scholder: Der Begriff der Schuld, der in der ganzen Diskussion eine so zentrale Rolle spielt, hat, ohne daß das überall deutlich geworden wäre, inzwischen seinen Charakter verändert. Solange es noch viele unmittelbar Betroffene gab, sowohl Häftlinge, die unter dem Regime